

Einmal mehr ein tolles Fest

Zur reformierten Kirchgemeinde in Baar

Die reformierte Kirchgemeinde in Baar feierte am vergangenen Freitag ihr traditionelles Chileplatzfest. Bei schönem Wetter trafen sich die ersten Festteilnehmer schon vor dem Gottesdienst zum Apéro. Im Festgottesdienst wurde den zahlreichen Teilnehmern ein wahrer Ohrenschauspieler serviert. Der St.-Thomas-Chor sang von der Ländlerkapelle begleitet die Ländler-Messe Pax-Montana von Heidi Bruggmann. Pfarrer Manuel Bieler predigte zum Thema Festfreude. In bereits gewohnter Art spickte er seine Predigt mit viel Humor und erzeugte einige Schmunzler bei den Zuhörern.

Nach dem Gottesdienst waren bald alle Sitzplätze gefüllt. Ein grosses Salatbuffet, Grilladen und Getränke standen bereit, damit, wie im Gottesdienst erwähnt, auch etwas Anständiges zwischen die Zähne kommt. Beim Essen, bei den Tischgesprächen und der Musik der Kapelle Bruggmann kam Festfreude auf. Für die Kinder standen auf der Wiese verschiedene Spielangebote bereit. Einmal mehr ein gelungenes Chileplatzfest, welches durch zahlreiche freiwillige Helferinnen und Helfer in der Kirchgemeinde Baar und Umgebung ermöglicht wurde.

GERTI FLACHSMANN, NEUHEIM

Warum nicht die Firmen nennen?

Zum Zuger IT-Skandal

Und wieder ist ein EDV-Projekt der öffentlichen Hand danebengegangen. Wie immer wird dann auf Regierungsleute eingehauen, das ist speziell beliebt kurz vor den Wahlen. Nur von den beteiligten EDV-Firmen, welche für das Schlamassel auch noch fürstlich bezahlt wurden, hört man nichts mehr. Warum darf ich als Auftraggeber und Zahler (Wähler der Behörden und Steuerzahler) nicht erfahren, welche Firmen an diesem Debakel Geld verdient haben?

Warum werden die «beteiligten» Regierungsräte in der Zeitung namentlich erwähnt und kritisiert, die dafür aber wirklich verantwortlichen Firmen, welche das ganze Debakel geliefert haben, aber verheimlicht?

KARL KÜNZLE, MENZINGEN



Unglaublich schöne Flora

Malerisch präsentiert sich diese Blumenwiese auf einer Wanderung zum Stockhorn. Zusammen mit den Wolken wirkt diese fotografische Impression wie ein komponiertes Landschaftsgemälde.

Bild Anita Röllin, Baar

Wo hat Cham bloss seine Identität?

Zur Ennetseegemeinde

Ich finde es löblich, dass die Gemeinde – Entschuldigung: die Stadt – Cham, einen Fachmann zum Thema Identität einlädt. Leider habe ich den Vortrag verpasst. Dennoch erlaube ich mir folgende Beobachtung zum Thema: Ausser im täglichen Stau sind immer weniger Leute im Dorf anzutreffen, irgendwie nachvollziehbar. Die Stadtbahn bringt alle schnell weg, wobei sich die Situation durch die Streichung der Buslinie 4 noch deutlicher akzentuiert. Die neue Linie führt über teure Bus-Industrie-Strassen,

worunter eine ausschliesslich dem Bus vorbehaltene Unterquerung der Bahnlinie für 9 Millionen Franken, nach Zug. Altgediente Läden verschwinden (Locher, Scherrer, Steiger usw.) und werden umfunktioniert. Sollte sich das Gerücht, dass der Coop ins Städtlerried zieht, bewahrheiten (ja, genau, da fährt auch die neue Buslinie 7 vorbei), wird der Trend fortgesetzt. Handwerker und Gewerbetreibende ziehen aus Cham weg, und ihre Arbeitsräume verschwinden. Viele sind nun auf das Auto angewiesen. Lösungen sind neue Strassen und ausgebauten Kreuzungen der XXL-Art. Ren-

tierende Fabriken werden zu Immobilien und bringen so ihren Besitzern schnelleres Geld. So verwandelt sich ein funktionierendes Dorf in eine Schlafstadt. Was ist da noch Identität?

In einem Gemeinwesen sollte gelten: «Der Mensch ist Mittelpunkt.» In Cham herrscht allerdings das Motto vor: «Der Mensch ist Mittel. (Punkt)» Ich wünsche mir ein klares Bekenntnis vom Gemeinderat, vor allem von den Aspiranten auf den Posten eines Gemeinderatspräsidenten. Agieren statt reagieren wäre mir lieber.

BRUNO JUTZ, CHAM

Warum die Schweizer Nationalbank impotent ist

Zur Nationalbank

Wirtschaftsjournalist und TV-Moderator Reto Lipp sieht in der Grösse der europäischen Banken ein grosses Gefahrenpotenzial. Dem stimme ich zu. Der damalige Nationalrat Samuel Schmid betonte dieses immense Klumpenrisiko bereits in seiner Interpellation an den Bundesrat vom 20. Januar 1998. Einen Monat später bewilligte die Wettbewerbskommission die Fusion von Bankverein und Bankgesellschaft zur UBS. Leider klammert Lipp in seinem Artikel aus, wie es überhaupt so weit kommen konnte, obwohl die Ursache am 28. Januar 2013 Thema in seiner Fernsehsendung «Eco» war. Heutzutage

können die Geschäftsbanken nämlich selber über die Geldmenge bestimmen. Fast 90 Prozent unserer Zahlungsmittel kommen aktuell allein durch Kreditvergabe in den Wirtschaftskreislauf. Die dadurch handlungsunfähig gewordene Nationalbank schreibt in ihrer Broschüre «Die Nationalbank und das liebe Geld», Seite 19: «Die Banken schaffen neues Geld, indem sie Kredite vergeben.»

Und der Bundesrat schrieb in seiner Botschaft zum Bundesgesetz über die Zahlungsmittel 1999: «Guthaben bei einer Gross-, Kantonal- oder Regionalbank oder gar einer Kreditkartenorganisation sind etwas genuin anderes als Guthaben bei der SNB, die als einzige

Institution im Lande autonom Geld schöpfen darf.» Der Bundesrat hat das Problem also frühzeitig erkannt, gehandelt hatte er nicht. Somit werden uns weder Banken-Bashing noch Regulierungswahn vor zukünftigen Finanzblasen und Bankenpleiten bewahren – ganz im Gegenteil: In Zukunft sollen sogar die Sparer selber an den Bankenrettungen beteiligt werden. Unser Bankensystem ist aber erst stabil, wenn das Geldschöpfungsprivileg auch für das digitale Geld wieder an die Nationalbank zurückgeht: so, wie es die kürzlich lancierte Vollgeld-Initiative anstrebt. Die Vollgeld-Initiative ist keine Revolution. Im Gegenteil beendet sie ein Geld-Experiment, das vor rund 40 Jahren star-

tete und somit dem Bundesverfassungsartikel 99 zuwiderläuft. Schon einmal nach einer von privaten Geschäftsbanken verursachten Finanzkrise hat das Schweizer Volk darüber befunden, wer im Land das Geld produzieren darf. Daraus resultierte das Banknotenmonopol von 1891. Heute geht es natürlich nicht mehr ums Papiergeld, sondern um das elektronische Buchgeld. Der Wechsel zu einem Vollgeldsystem täte den Finanzplatz sowie den Werkplatz Schweiz enorm stärken und das Ansehen der zu Unrecht gescholtenen Bankmitarbeiter wiederherstellen.

THOMAS BRÄNDLE, ALT KANTONS RAT FDP, UNTERÄGERI

Von Velos und Fussgängern

Zum Verkehr

In letzter Zeit war das Velo oft Thema in der Zeitung. Mich stört, dass die Bezeichnung Velo pauschal verwendet wird (meist um sich gar abzureagieren). Leider wurde die Chance verpasst, von Stromis zu sprechen, sobald nicht mehr Muskelkraft allein dem Antrieb dient.

Wäre es nicht an der Zeit, wie bei Töffli (Kubik) die «Stromis» in Kilowatt oder km/h zu klassifizieren? Wäre es nicht auch an der Zeit, Velos (ausser Rennvelos) auf das Trottoir zu verbannen (allerdings mit dem strikten Verbot, Fussgänger schneller als mit 6 km/h zu überholen)? Fussgänger trifft man heute kaum mehr auf Trottoirs, denn ab 20 Metern nehmen etwa die Schüler den Bus, und die meisten anderen Personen sind ohnehin solche, welche kurz zuvor noch am Steuer gesessen haben (gezinkte Fussgänger ohne Kennzeichen).

Ist es nicht eine Beleidigung, wenn man von Velofahrern spricht, wenn es sich selbst um eine Strolchenfahrt handelt (Bussen von 1000 Franken wäre meines Erachtens angebracht für den Imageschaden)? Könnte ich mitreden bei der Gesetzgebung, würde vermehrt die Schadenstatistik für den Imageschaden als Massgabe dienen. Neuliker und Rentner müssten zuerst 5 Liter Blut spenden/hinterlegen (Offroad mehr). Wenn Handys im Auto gebüsst werden, sollten Ohrhörer und Handys auf Zebrastreifen konsequenterweise auch gebüsst werden. Bei schlechter Sicht müssten Fussgänger LED oder auffällige Kleider tragen.

Wenn endlich die Bezeichnung «Stromi» eingeführt wäre, wäre es egal, wie das Fahrzeug aussieht (es gibt inzwischen doch ein Trittbrett mit zwei Rädern auf der Seite). Entschieden würde nach Geschwindigkeitsklassen (15, 30, 45 km/h). Die tiefste «Stromi»-Klasse wäre auch auf dem Trottoir erlaubt (die Fussgänger auch nur im Schritttempo überholt).

TONY STOCKLIN, STEINHAUSEN

Internet

• Weitere Lesermeinungen unter: www.zugerzeitung.ch/leserbriefe

Die Attraktivität des Lehrberufs hat wirklich stark gelitten

Zu den Löhnen von Lehrpersonen

Laut Bundesstatistik sind die Schweizer Reallöhne in den letzten 20 Jahren zusätzlich zum Teuerungsausgleich um durchschnittlich rund 11 Prozent gestiegen. Davon merkten die Zuger Mitarbeitenden der öffentlichen Verwaltung und die Zuger Lehrpersonen im finanzkräftigsten Kanton der Schweiz leider nichts.

In den letzten rund 25 Jahren hat das Zuger Personal im öffentlichen Dienst einzig eine Reallohnsteigerung von 2 Prozent erhalten, das heisst, die im Zuger Personalgesetz festgelegten Löhne wurden demnach nebst der Teuerung nur um 2 Prozent erhöht.

Wenn nun der Schweizerische Dachverband der Lehrpersonen (LCH) Anpassungen fordert, denkt er mit Sicherheit auch an den Kanton Zug, einen Kanton mit sehr hohen Lebenskosten. Eine Zuger Lehrperson weist im Vergleich zum Jahr 1989 beim Reallohn einen Rückstand von rund 9 Prozent aus. Das gilt übrigens auch für andere kantonale Mitarbeitende, zum Beispiel für die Polizisten. Und da sich Gemeinden in der Regel an der kantonalen Lohnpolitik orientieren, hinkt die Lohnentwicklung auch bei den Angestellten der Gemeinden hintennach. Natürlich steigt der Lohn mit zunehmender Berufserfahrung auch beim öffentlichen Personal, aber ein Polizist oder eine

Lehrerin verdienen heute im Kanton Zug zum Beispiel im 1. Dienstjahr oder nach 10 Dienstjahren real gerade mal 2 Prozent mehr als vor 25 Jahren.

Vor diesem Hintergrund hat die Attraktivität des Lehrberufs stark gelitten. Das ist einer der zentralen Gründe für die zunehmende Absenz der Männer in diesem Beruf. Das Prestige eines Berufs zeigt sich auch in der Bezahlung. Und diese stimmt für die anspruchsvolle Tätigkeit in Unterricht und Erziehung an der Volksschule nicht mehr. Die Austritte aus dem Schuldienst schon nach kurzer Zeit sind Ausdruck dieser Entwicklung. Vergleichbare anspruchsvolle Tätigkeiten in der Privatwirtschaft werden im Kanton Zug und angrenzenden

Gebieten um einiges besser entlohnt.

Die Steuersenkungsspiralen der vergangenen Jahrzehnte führen im Kanton Zug zusätzlich dazu, dass die Einnahmen nicht mehr so rosig ausfallen. Da werden Lohnerhöhungen hinterfragt, und es finden Vergleiche mit anderen Kantonen statt. Da fast überall gespart wird, sind auch in andern Kantonen die Reallöhne kaum angehoben worden. Die Ergebnisse der Kantonsvergleiche zeigen deshalb keine grossen Differenzen, und die Politiker orten somit keinen Handlungsbedarf. So steht die öffentliche Verwaltung beim Reallohnanstieg in der Schweiz schon lange auf dem zweitletzten Platz, und die Lehrpersonen stehen auf dem letzten Platz.

Parallel dazu steigen die Wohn- und Lebenskosten im Kanton stark an, und das kantonale Personal und die Lehrpersonen werden so aus dem Zuger «Paradies» vertrieben und suchen ihre Wohnungen auswärts in angrenzenden Kantonen.

Die wichtige Identifikation mit dem Arbeitsort und das gesellschaftliche und politische Leben dieser Vertriebenen geht auf diese Weise für den Kanton Zug verloren. Nur eine Lohnpolitik mit Weitblick wird dazu beitragen, dass die Qualität des zugerischen Bildungswesens garantiert bleibt. Es besteht also akuter Handlungsbedarf.

MARKUS KEHRLI, STEINHAUSEN